



KARL BLECHA
BUNDESMINISTER FÜR INNERES

II-5234 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Zl. 6.399/193 - II/C/88

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten
Dr. PILZ und Genossen, betreffend die
polizeiliche Räumung zweier Kundgebungen
in der Kärntnertorpassage am 19. Februar 1988.

2435/AB

1988 -09- 02

zu 2425/J

(Nr. 2425/J).

A N F R A G E B E A N T W O R T U N G

Die von den Abgeordneten Dr. PILZ und Genossen am 6. Juli 1988 an mich gerichtete Anfrage Nr. 2425/J - NR/1988, betreffend die polizeiliche Räumung zweier Kundgebungen in der Kärntnertorpassage am 19. Februar 1988, beantworte ich wie folgt:

Zur Frage 1: Die polizeiliche Räumung der Kärntnertorpassage am 19. Februar 1988 erfolgte nicht aufgrund eines versammlungsrechtlichen Untersagungsbescheides.

Das Einschreiten der Polizei geschah auf der Grundlage des § 78 lit. c der StVO 1960, weil bereits zahlreiche Beschwerden über fortwährende Behinderungen und Belästigungen von Passanten durch (zum Teil alkoholisierte) Personen aus den in der Passage schon mehrere Tage lang aufhältig gewesenen Gruppen vorlagen.

Den Beteiligten war von der Behörde mehrfach zur Kenntnis gebracht worden, daß die von ihnen gebildeten Ansammlungen in der Passage nicht als Versammlungen im Sinne des Versammlungsgesetzes 1953 angesehen werden konnten.

Zur Frage 2: Die zur Abstellung der bereits tagelang bestandenen gesetzwidrigen Vorgänge notwendig gewordene Entfernung

- 2 -

der Verursacher aus dem Passagenbereich wurde deswegen zur Nachtzeit durchgeführt, weil damit am ehesten sichergestellt schien, daß unbeteiligte Personen durch das polizeiliche Einschreiten nicht in Mitleidenschaft gezogen würden.

Zur Frage 3: Der Polizeieinsatz wurde von der Bundespolizeidirektion Wien angeordnet, die vorher das Einvernehmen mit dem sachlich zuständigen Landeshauptmann von Wien und dem Magistrat der Stadt Wien hergestellt hatte.

Zur Frage 4: Die österreichische Rechtsordnung gewährleistet jedermann, unter Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften seine Meinung frei zu äußern und auch gegen Zustände, Ereignisse in anderen Ländern usw. zu demonstrieren.

Zur Frage 5: Aus Medienberichten war mir der Hungerstreik von Gefangenen in der Türkei bekannt. Ich sehe aber keinen Zusammenhang zwischen meinem diesbezüglichen Wissen und der wegen zahlreicher Verletzungen des Gesetzes angeordneten Räumung.

31. August 1988

Karl Bleher